von einer Million Stimmen für die Adenauer-Partei bei den kürzlichen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen beweist, daß in Deutschland die Opposition gegen die Politik der Bonner Regierung ständig zunimmt. Es kann nicht der Wille der sozialistischen Mitglieder der Labourpartei sein, die westdeutschen Konzernherren und ihre Politiker gegen das eigene Volk zu unterstützen.

Was die in der Broschüre veröffentlichten Zahlen über die angebliche Stärke und Bewaffnung der Deutschen Volkspolizei anbetrifft, so scheinen die Verfasser ein Opfer betrügerischer Informationen zu sein. Leider wird in der Broschüre die Erklärung des Außenministers der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1954 verschwiegen, daß eine Gegenüberstellung der Mannschaftsstärke der Polizeitruppen in beiden Teilen Deutschlands folgendes ergibt: In Westdeutschland kommt auf je 115 Einwohner ein Angehöriger der Polizeiformationen, während es in der Deutschen Demokratischen Republik nur einen Volkspolizisten für je 280 Einwohner gibt.

Den Lesern der Broschüre wird ferner vorenthalten, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik den Bonner Behörden wiederholt vorgeschlagen hat, über Stärke, Standort und Bewaffnung der Polizei in Ost- und Westdeutschland zu verhandeln.

Es ist bezeichnend, daß weder auf die Anstrengungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands noch auf ihre Vorschläge zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen als den geeigneten Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands eingegangen wird.

Es steht fest, daß, nachdem die Deutsche Demokratische Republik die volle Souveränität erhalten hat, die Beseitigung der amerikanischen Vorherrschaft in Westdeutschland immer dringender wird. Die Verfasser der Broschüre, die diese Frage nicht umgehen können, stellen die Behauptung auf, daß angesichts der Koppelung des Bonner Generalvertrages mit dem Pariser EVG-Vertrag die Entwicklung der westdeutschen Bundesrepublik zur „vollen Selbstbestimmung von der Ratifizierung des EVG-Vertrages abhängt“.

Die Verfasser der Broschüre, die betonen, daß es darauf ankäme, eine Wiederholung der Fehler des Versailler Vertrages zu vermeiden, machen sich jedoch zum Fürsprecher einer Politik, die viel schwerwiegendere Folgen nach sich ziehen muß als selbst der Versailler Vertrag. So sah das Versailler Friedensdiktat weder die Spaltung Deutschlands noch die Einbeziehung Deutschlands in ein aggressives Militärbündnis